Bauch nach oben: Die Doraden aus der Fischzucht in Völklingen finden zu wenig Abnehmer. FOTO: MAURITIUS

Fischzucht schnappt nach Luft

Tochterunternehmen der Völklinger Stadtwerke kämpft mit der Pleite

Die Meeresfischzucht wird zum Millionengrab und bedroht auch die Völklinger Stadtwerke. Bürgermeister Wolfgang Bintz soll nun ein Rettungskonzept erarbeiten. Und prüfen, ob sich die Fischzucht überhaupt rechnet.

Von SZ-Redakteur
Joachim Wollschläger

Völklingen. Gebetsmühlenartig haben sie es wiederholt: „Wir sind überzeugt, dass die Meeresfischzucht ein Erfolg wird“, sagten Völklingens Oberbürgermeister Klaus Lorig und sein Stadtwerke-Chef Jochen Dahm (beide CDU) in den vergangenen Jahren immer wieder, wenn das Gespräch auf das wohl umstrittenste Projekt der Kommune kam.

Jetzt sieht die Lage ganz anders aus: Die Fischzucht steht offensichtlich am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Der Völklinger Stadtrat hat nach Krisensitzungen des Stadtwerke-Aufsichtsrats Jochen Dahm sowohl als Geschäftsführer der Meeresfischzucht wie auch der Stadtwerke abgesetzt. Und Völklingens Bürgermeister Wolfgang Bintz, ebenfalls CDU, soll nun retten, was zu retten ist. Sprich: Er soll das Pleite-Projekt Fischzucht und damit auch die Stadtwerke-Holding vor einer drohenden Insolvenz retten.

Sein Problem: 200 Tonnen Dorade und Wolfsbarsch sollten eigentlich in diesem Jahr von der Fischzucht abgesetzt werden. Knapp über 20 Tonnen sind wirklich über den Tresen gewandert, zeigen Zahlen des Wirtschaftsplans. Und das auch nur, weil mit Globus ein großer Einzelhändler als Abnehmer bereitsteht. Drei Millionen Euro Verlust werden noch 2014 auflaufen, bis Ende kommenden Jahres könnten es sogar über 8,5 Millionen Euro werden. Die Fischzucht wird zum Millionengrab.

Beim Spatenstich für die geplante Fischzucht auf dem Kokereigelände herrschte in Völklingen noch Euphorie. Mittlerweile haben sich die Hoffnungen in Missfallen aufgelöst. FOTO: BUB

Im Rückblick ist die Fischzucht eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen. Mehrere Firmen, darunter der einstige Mitgesellschafter IFFT und der Vertriebspartner Alaska sind über dem Projekt in die Insolvenz geschlittert. Einen professionellen Vertrieb für die Fische gibt es bis heute ebenso wenig wie die angekündigten Investoren, die sich als Luftnummern erwiesen. Die Meeresfischzucht – das waren immer nur Visionen statt harter Zahlen.

Die soll es nun erstmals geben: Eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft soll untersuchen, ob die Fischzucht überhaupt zukunftsfähig ist. Ob Großkunden bereit sind, für ein Kilo Fisch aus Völklingen über zehn Euro zu bezahlen, wenn Konkurrenten aus Griechenland und Italien diesen für gerade mal sechs oder sieben Euro anbieten. Mit dem Gutachten steht und fällt die Zukunft eines Projekts, das Oberbürgermeister Klaus Lorig 2007 als die Zukunftschance für Völklingen präsentiert hatte. Damals galt es, das ehemalige Kokereigelände in Fürstenhausen zu revitalisieren. Nicht nur die Fischzucht, auch eine – nie realisierte – Biogasanlage sollten gemeinsam einen einmaligen Industriekomplex schaffen. Der Abfall der Fischzucht, so die Planung, sollte die Anlage befeuern, die dann wiederum Wärme für die Becken liefern würde. Eine Idee, die den damaligen Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi (CDU) als besonders innovativ beeindruckte.

Selbst die Saar-Parlamentarier ließen sich von dem Gedanken verzaubern, dass das Kohle- und Stahl-Land zum Fischzucht-Land werden könnte. Kommunen dürfen sich zwar ausschließlich in Bereichen der Daseinsvorsorge wirtschaftlich betätigen – Fischzucht gehört da streng genommen nicht dazu. Doch die Abgeordneten änderten 2008 kurzerhand das Kommunalselbstverwaltungsgesetz. Fortan sollte eine solche wirtschaftliche Betätigung möglich sein, „wenn übergeordnete Interessen des Landes“ dies rechtfertigen. Kleiner Schönheitsfehler: Die Anlage war bereits zuvor und somit widerrechtlich genehmigt worden. Fisch-Euphorie auf saarländisch. Kritiker gab es damals natürlich auch schon. Stein des Anstoßes war vor allem, dass die Fischzucht zu fast 90 Prozent Tochter der Völklinger Stadtwerke-Holding war. Wenn Privatinvestoren dem Projekt keine Zukunft zutrauen, dann sollte auch die Stadt die Finger davon lassen, hieß es im Völklinger Stadtrat.

Lorig versuchte schon damals, die Bedenken zu zerstreuen, die geschätzt 12,5 Millionen Euro teure Investition könnte den Stadtwerken auf die Füße fallen: Auch im Fall eines Bankrotts gebe es keine Rückgriffsmöglichkeit auf die Muttergesellschaft, sagte er Anfang 2009 in einem Interview.

Damals mochte er Recht haben, heute allerdings sieht die Lage anders aus. Längst kann die Saar-LB als Kreditgeber auch die Stadtwerke-Holding zur Verantwortung ziehen, heißt es aus dem Stadtwerke-Aufsichtsrat. Und auch die Kosten sind deutlich gestiegen – im Aufsichtsrat geht man von angelaufenen Verlusten von deutlich über 20 Millionen Euro aus. Ein Betrag, für den am Ende die Kommune geradestehen muss.

Ob die Fischzucht noch gerettet werden kann? Manfred Klinkhardt hat wenig Hoffnung, dass es gelingen wird, die defizitäre Meeresfischzucht noch profitabel zu machen. Die hohen Investitions- und laufenden Betriebskosten fressen das Unternehmen auf, schreibt der Aquakultur-Experte des Hamburger „Fisch-Magazins“. „So viel Geld lässt sich mit Fisch unter den Marktbedingungen in Deutschland gar nicht erwirtschaften.“ Selbst wenn die Stadt die Fischzucht einem kreativen Unternehmer für einen symbolischen Euro verkaufen würde, wäre fraglich, ob er die Kosten ausreichend drücken und die Anlage noch profitabel machen könne.

◆ MEINUNG

Konsequenzen ziehen

Von SZ-Redakteur
Joachim Wollschläger

Von Kritik hat sich Klaus Lorig in den vergangenen Jahren nicht beirren lassen. Die Fischzucht, so war es noch beim Befüllen der Becken zu hören, werde schon bald Gewinne einfahren und so die Kritiker zum Verstummen bringen.

Montag nun zeigte sich Lorig – wie auch fast die gesamte CDU-Stadtratsfraktion in Völklingen – völlig überrascht von der dramatischen Entwicklung bei seinem Vorzeigeprojekt. Denn trotz beeindruckender Technik und wirklich hervorragender Qualität des Fisches – der wirtschaftliche Erfolg will sich nicht einstellen.

Jahrelang hat Lorig den früheren Bürgermeister und späteren Stadtwerke-Geschäftsführer Jochen Dahm einfach machen lassen. Und der zauberte eine Luftnummer nach der anderen aus dem Hut, während die Fischzucht permanent ins Minus schlitterte.

Heute will Lorig von den Problemen nichts gewusst haben. Doch so leicht kann er es sich nicht machen. Als Oberbürgermeister ist er auch Aufsichtsratschef der Stadtwerke und damit nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, sich stets auf dem Laufenden zu halten. Wie heißt es doch: Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Drohnen-Skandal macht Fußball zum Politikum

Vorfall in Belgrad bricht alte Gräben zwischen Serbien und Albanien wieder auf

Nach Jahren der Spannungen hatten sich die Beziehungen zwischen Albanien und Serbien zuletzt leicht verbessert. Nach dem Drohnen-Skandal bei der EM-Quali sind sie wieder belastet – zu einem ganz ungünstigen Zeitpunkt.

Belgrad. 3500 serbische Polizisten waren im Einsatz. Doch gegen die plötzlich heranschwebende Drohne mit der Flagge Groß-Albaniens konnten auch sie nichts mehr ausrichten. Der Abbruch des EM-Qualifikationsspiels in Belgrad zwischen den Erzfeinden Serbien und Albanien hat den Sport zum Politikum gemacht und die gespannten Beziehungen der beiden Nachbarn wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Schon im Stadion führte die Aktion zu Krawallen. Leuchtraketen und Rauchbomben flogen, Rowdys stürmten den Innenraum, albanische Spieler wurden attackiert, lieferten sich auch handgreifliche Auseinandersetzungen mit serbischen Akteuren. Hitzige Reaktionen von Seiten der Politik ließen auch nicht lange auf sich warten. „Das war eine reine und vorsätzliche politische Provokation, nichts anderes“, schimpfte Serbiens Außenminister Ivica Dacic.

Von seiner VIP-Loge aus soll Olsi Rama, Bruder des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama, die Drohne über das Spielfeld gelenkt haben. Bei ihm sei die Fernsteuerung für das Gerät gefunden worden, berichteten serbische Medien unter Berufung auf die Polizei. Olsi „Ich habe mit der Drohne nichts zu tun. Ich weiß nicht, wo diese Geschichte herkommt“, beteuerte indes Olsi Rama seine Unschuld. Auch Meldungen, er sei festgenommen worden, dementierte er. Besonders brisant wird der Vorfall dadurch, dass Edi Rama am 22. Oktober als erster Premier seines Landes nach fast 70 Jahren erstmals Belgrad besuchen will. In diesem Zusammenhang könnte der Drohnen-Flug mit der Flagge gewertet werden. Albanische Nationalisten streben mit der „Causa Groß-Albanien“ einen Staat an, der neben dem heutigen Albanien auch die albanischsprachigen Gebiete Serbiens, Mazedoniens, Montenegros und des Kosovo umfasst.

Doch nicht nur politisch schlug der Vorfall Wellen. Die Deutsche Fußball-Liga (DFL) reagierte alarmiert. Dem Thema „Gefahr durch Drohnen“ werde sich die DFL „voraussichtlich im Rahmen der nächsten Sitzung der Kommission Prävention und Sicherheit“ annehmen, teilte ein Sprecher der Zeitung „Die Welt“ mit. Die Thematik sei seit dem Serbien-Spiel „neu und für den Fußball relevant“. Grundsätzlich seien terroristische Szenarien Teil der Sicherheitsstruktur in Deutschland. Diese werden lokal durch die Sicherheitsbehörden – insbesondere die Polizei – beobachtet und im Rahmen der Risikobewertungen auch in der Bundesliga beachtet. *dpa/sid*

Ein serbischer Spieler versucht, die großalbanische Flagge vom Himmel zu holen. FOTO: AFP

Fluch oder Segen: Wie gefährlich können Drohnen sein?

Saarbrücken. Drohnen sind vielfältig einsetzbar – und das bekanntlich nicht nur im militärischen Bereich. Die Deutsche Post testete vor wenigen Wochen erst den Einsatz solcher Fluggeräte für den Paketversand. Und der Internet-Versandhändler Amazon setzt seit langem auf eine Zukunft mit der Drohne als Transportmittel. Selbst die katholische Kirche in Deutschland nutzt immer häufiger Drohnen und unbemannte Flugkörper zur Begutachtung von Kirchen und Kathedralen, beispielsweise im Rahmen von Restaurierungsarbeiten. Unbemannte Flugkörper könnten künftig auch bei der Bekämpfung von Schwerstverbrechen und Terrorismus helfen. Auch im Saarland testete die Polizei bereits eine Art Drohne.

Aber könnten solche Flugkörper – mal ganz abgesehen von der Verletzungsgefahr bei ihrem Absturz – auch eine Sicherheitsgefahr darstellen? Das wäre durchaus möglich sein, sagte Professor Joachim Rudolph vom Lehrstuhl für Systemtheorie und Regelungstechnik an der Saar-Uni, wo eine spezielle Drohne für Film- und Fotoaufnahmen entwickelt wurde, auf SZ-Anfrage. Mit ferngelenkten Drohnen wäre etwa der Transport von Sprengstoffen in Stadien oder an andere dicht bevölkerte Orte kein Problem.

Generelle Richtlinien für die Nutzung von unbemannten Luftfahrtsystemen hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in einer Broschüre zusammengefasst. Dort heißt es unter anderem: „In Deutschland ist der Betrieb von unbemannten Luftfahrtgeräten erlaubnispflichtig. Darüber hinaus ist der Betrieb von unbemannten Luftfahrtgeräten außerhalb der Sichtweite des Steuerers oder mit einer Gesamtmasse von über 25 Kilogramm grundsätzlich verboten.“ *ine*

PRODUKTION DIESER SEITE:
PASCAL BECHER, ROBBY LORENZ
JÖRG WINGERTSZAHN